



Nr. 5

7. Februar 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fordern Angebot](#)

Politische Gespräche

[Die Digitalisierung der Schulen ist eine Daueraufgabe](#)

dbb frauen

[Endlich: Meilenstein für den Schutz von Frauen vor Gewalt](#)

dbb frauen

[Öffentlicher Dienst muss bei Diskriminierung dagegenhalten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

[Transformation des öffentlichen Dienstes im Fokus](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bedauern über Ablehnung des Bundestags zum
Zustrombegrenzungsgesetz](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bildung statt Hetze: Kein Forum für Rechtsextreme](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fordern Angebot

In der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen forderten Beschäftigte ein konkretes Angebot von den Arbeitgebenden.

Nachdem die Arbeitgebenden bei der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam kein Angebot vorgelegt haben, sind die Beschäftigten verärgert. Deshalb demonstrierten 1.000 Menschen am 4. Februar 2025 in Bonn. „Ernstgemeinte Wertschätzung, Attraktivität und Entlastung sind die Säulen der Forderungen für die Kolleg*innen in dieser Einkommensrunde. Das braucht es, um den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten endlich nachhaltig zu stärken“, sagte die Vorsitzende der komba nrw, Sandra van Heemskerck.

Christian Dröttboom, Vorsitzender des komba Ortsverbands Bonn/Rhein-Sieg, ergänzte: „Ohne Druck kein Fortschritt – das gilt auch für den öffentlichen Dienst! Deshalb streiken wir heute und machen auf der Straße Druck. Wer gute Arbeit und gute Leute haben möchte, muss sie auch fair bezahlen. Wenn der öffentliche Dienst attraktiv bleiben und die Herausforderungen der Zukunft meistern soll, brauchen wir endlich ein Angebot, das dieser Verantwortung auch gerecht wird!“

Der Vorsitzende der dbb jugend, Matthäus Fandrejewski, erklärte: „Von der wirtschaftlichen Unsicherheit, die leider aktuell für viele ein Thema ist, sind auch viele junge Menschen betroffen. Deshalb ist es für mich ganz entscheidend, dass Bund und Kommunen endlich mit den Ländern gleichziehen und bei erfolgrei-

cher Berufsausbildung die unbefristete Übernahme garantieren. Alles andere ist angesichts des Fachkräftemangels nicht vermittelbar!“

Am 5. Februar 2025 kam es in Peine, Salzgitter und Göttingen zu Protestaktionen. Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen (NBB), sagte in Peine vor 900 Beschäftigten: „Die Zeiten des Sparkurses zu Lasten unserer Beschäftigten müssen endlich und ein für alle Mal vorbei sein! Unsere Kolleginnen und Kollegen haben es sich verdient, denn sie sind es, die dieses Land am Laufen halten!“

Der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft Peter Specke sagte in Salzgitter bei einer Kundgebung mit 1.000 Teilnehmenden: „Wir als komba gewerkschaft fordern, dass die kommunalen Arbeitgeber endlich ein vernünftiges Angebot vorlegen! Es muss dringend die Kaufkraft gestärkt werden!“

In Göttingen kamen 300 Beschäftigte zusammen. Dort unterstrich Oliver Haupt, Vorsitzender der NBB-Landestarifkommission: „Wir streiken hier heute für unsere berechnete Forderung nach acht Prozent mehr Geld, mindestens 350 Euro und wollen damit gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein Stück weit sicherstellen.“

Alle Infos und Hintergründe gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Politische Gespräche Die Digitalisierung der Schulen ist eine Daueraufgabe

dbb-Vize Simone Fleischmann sieht durch die schleppende Digitalisierung die Bildungsgerechtigkeit in Gefahr.

Das machte Fleischmann, die auch Vize-Chefin des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) ist, deutlich, als sie sich am 4. Februar 2025 mit Thomas Jarzombek, dem bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, über die bildungspolitischen Herausforderungen nach der Wahl austauschte. „Die digitale Ausstattung unserer Schulen und die Digitalkompetenzen unserer

Schülerinnen und Schüler dürfen nicht von der Finanzkraft einzelner Kommunen abhängen. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit muss im gesamten Bundesgebiet ein hoher digitaler Standard gewährleistet werden. Nur so können wir unseren Anspruch auf gleichwertige Bildungsangebote nachhaltig erfüllen“, erklärte Fleischmann.

Bund und Länder hatten sich bereits im Dezember 2024 auf Eckpunkte für einen DigitalPakt 2.0 verständigt, diese sind jedoch nicht bindend und hängen von späteren Haushaltsentscheidungen ab. „Die künftige Bundesregierung darf sich nicht auf den bisherigen Fortschritten ausruhen und muss schnellstmöglich die Finanzierung des Digitalpakts sicherstellen. Dabei muss die Digitalisierung unserer Schulen als verantwortungsvolle Daueraufgabe verstanden werden, da sie entscheidend für die digitale Teilhabe unseres Nachwuchses ist. In der Konsequenz muss die Finanzierung verstetigt und erweitert werden, sonst riskieren wir Pakt für Pakt bisherige Fortschritte und

bleiben hinter unseren Möglichkeiten zurück“, so die dbb Vize.

Im weiteren Verlauf betonte sie die Bedeutung eines umfassenden Datenschutzes, der Priorisierung pädagogischer Ziele sowie der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte. Zudem hob sie die Notwendigkeit eines nachhaltigen Gerätemanagements, individueller und freiwilliger Fortbildungen für Lehrkräfte sowie einer effektiven IT-Administration hervor. Fleischmann erläuterte: „Die Wartung der digitalen Infrastruktur kann unmöglich durch die Lehrkräfte geleistet werden. Um hierfür ausreichend Fachpersonal zu gewinnen, braucht es verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen.“

dbb frauen

Endlich: Meilenstein für den Schutz von Frauen vor Gewalt

Nach langwierigen Verhandlungen haben SPD, Grüne und die Union am 31. Januar 2025 das Gewalthilfegesetz verabschiedet.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauenvertretung, begrüßte am 3. Februar 2025 das Ergebnis: „Endlich stellt der Bund die nötigen Ressourcen für mehr Schutz für Frauen zur Verfügung. Die Diskussionen waren lang – aber die demokratischen Parteien der Mitte sind sich ihrer Verantwortung bewusst und haben einen Kompromiss gefunden.“ Der Bund stellt 2,6 Milliarden Euro bereit, um Frauenhäuser und Beratungsstellen nachhaltig zu finanzieren. „Endlich werden die Kommunen finanziell unterstützt, denn Schutz darf keine Frage des Wohnorts sein. So kommt die Hilfe dort an, wo sie gebraucht wird: bei den Frauen“, betonte Kreutz.

Entscheidend sei dabei der Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt: Frauen, die von Gewalt betroffen sind, erhalten künftig einen verbindlichen Anspruch auf Unterstützung. Kreutz weiter: „Gewaltschutz ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht. Dieser Rechtsanspruch ist ein

Meilenstein – aber Gesetze retten keine Leben, wenn sie nicht konsequent umgesetzt werden. Jetzt liegt es an Bund, Ländern und Kommunen, echte Sicherheit zu schaffen.“

Wie dringend Frauen mehr Hilfe bei Gewalt benötigten, zeigen die jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA): Demnach wird jeden Tag in Deutschland eine Frau oder ein Mädchen ermordet. In jedem zweiten Fall sind die Mörder die Partner. „Für zu viele Frauen und Mädchen ist das eigene Zuhause kein sicherer Ort. Das Gewalthilfegesetz stellt nun die dringend benötigten Ressourcen zur Verfügung, um die Kapazitäten der Frauenhäuser auszubauen. So können Frauen und Kinder, die zuhause von Gewalt bedroht sind, eine sichere Zuflucht finden“, erklärte die dbb frauen Chefin. Eigentlich hatte Deutschland schon vor Jahren die Istanbul-Konvention ratifiziert, nach der es ausreichend Kapazitäten in Frauenhäusern bereitstellen muss. Diesem Ziel hinkt Deutschland jedoch seit Jahren massiv hinterher.

dbb frauen

Öffentlicher Dienst muss bei Diskriminierung dagegenhalten

dbb frauen Chefin Milanie Kreutz sprach mit Ferda Ataman, der unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, über die Zukunft der Gleichstellung.

„Wir beobachten mit großer Sorge, dass es en vogue geworden ist, zu diskriminieren“, stellte

Kreutz bei dem Gespräch am 28. Januar 2025 in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

(ADS) in Berlin besorgt fest. „Frauenfeindliche und antifeministische Positionen gewinnen immer mehr Land und ihre Phrasen und Schlagworte werden auf erschreckende Weise sozial akzeptabel. Es ist unsere Aufgabe als öffentlicher Dienst, dagegenzuhalten.“ In dieser Auseinandersetzung könnten sich die dbb frauen glücklicherweise auf viele starke Partnerinnen wie die ADS verlassen.

Ein Faktor in der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz ist die mangelnde Entgelttransparenz. Kreuz gab zu bedenken, „dass wir durch das Entgelttransparenzgesetz zwar Transparenz haben - Stichwort A12 ist A12 – aber der Weg dorthin unterschiedlich lang ist. Der Grund dafür liegt in der Diskriminierung durch Beurteilungen, welche Frauen am Fortkommen hindern.“ Das betreffe vor allem die Beurteilungskriterien, aber auch die oft voreingenommen Beurteilenden selbst, erklärte Kreuz. Abhilfe können gemischte Tandem-Teams schaffen: „So haben wir immer mehrere Perspektiven, können mögliche Vorurteile ausgleichen und für einen Wissenstransfer sorgen.“ Dies sei aber nur eine von vielen Maßnahmen, um ein diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst voranzubringen: „Wir brauchen nicht nur eine andere Führungskultur, sondern auch eine andere Führungsorganisation“, forderte Kreuz.

Die Bundesbeauftragte Ataman teilte Kreuz' Sorge vor einem rauer wehenden Gegenwind: „In den USA sehen wir neuerdings Rückschritte in Sachen Diversität und die Gleichstellung von Frauen und Männern. In unserem

Grundgesetz steht zwar: Alle Menschen sind gleich. Aber rechtsextreme Kräfte stellen das ganz offen in Frage – auch in Deutschland.“ Die ADS plant, in ihrem Jahresbericht die Geschlechterdiskriminierung mehr in den Fokus zu nehmen.

Ataman berichtete von der Initiative Pro Parents, die sich für die Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals „Elternschaft“ in das AGG einsetzen. „Frauen sind häufig von der sogenannten Fürsorge-Diskriminierung betroffen. Sobald sie ein Kind bekommen, in Elternzeit gehen oder Angehörige pflegen müssen, werde ihnen der Aufstieg verwehrt, der Wiedereintritt ins Arbeitsleben erschwert oder im Extremfall direkt gekündigt. Fürsorge darf nicht zum Karriereende führen oder Betroffene in eine finanziell prekäre Lage bringen.“

Im Austausch zwischen ADS und den dbb frauen ging es auch um die neue Diversitätsstrategie der Bundesregierung. „Die neue Strategie ist ein starkes Signal, dass der Staat verbindlich vorangehen will – und sie soll Arbeitgebende bei sexueller Belästigung, Diskriminierung und Mobbing stärker in die Pflicht nehmen“, erklärte Ataman. Für die Zukunft müsse auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nachgebessert werden. Denn: Betroffene von Diskriminierung haben nach der aktuellen Regelung nur zwei Monate Zeit, um ihre Ansprüche geltend zu machen. „Wir wissen aus der Praxis: Viele Betroffene schaffen es nicht, das innerhalb dieser kurzen Frist zu bewältigen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

Transformation des öffentlichen Dienstes im Fokus

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz um die Vorsitzende Lilli Lenz hat sich am 31. Januar 2025 mit der Landesministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Dörte Schall getroffen, um über Themen des öffentlichen Dienstes zu sprechen.

Anhand zahlreicher Praxisbeispiele aus dem Verwaltungsalltag wurden die herausfordernden Aufgaben sowie die Personalsituation des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz erörtert. Diskutiert wurden auch Ansätze zur Verbesserung der Dienstbedingungen. Einigkeit bestand, dass das Personal im öffentlichen Dienst mit immer mehr und immer komplexeren Aufgaben konfrontiert werde. In dieser schwierigen Situation würden trotz allgemeiner Personalknappheit und Verwaltungsauslastung

öffentliche Dienstleistung von hoher Qualität geliefert, aber psychische, körperliche und arbeitsbedingte Belastungen stiegen gleichzeitig. Hier grundlegend und umfassend gegenzusteuern, sei gemeinsame Aufgabe insbesondere der Landesregierung und der Gewerkschaften, auch in ihrer Eigenschaft als Sozialpartner, darin stimmten Lenz und Schall überein.

Ausgetauscht wurde sich über verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten bei der Systemkompatibilität und den digitalen Schnittstellen in der Kommunal- und Landesverwaltung: Weder dürfe passieren, dass Verfahren personalintensiver werden, noch dürften sie – auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger – komplizierter sein, so die Gesprächspartnerinnen. Schall sieht Rheinland-Pfalz dabei auf einem guten Weg. Wegen des Voranschreitens der Digitalisierung werde auch die interne IT-Architektur der öffentlichen Verwaltung stetig überdacht, weiterentwickelt und standardisiert. Bedarfe würden so gebündelt und konkurrierende Lösungen abgelöst – im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Ressourceneinsparung.

Aus Gewerkschaftssicht wichtig im Rahmen optimierter Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind erweiterte Angebote verschiedener

Teilzeitmodelle, die weiter gesteigerte Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege sowie Verbesserungen beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst. Die Gesprächsrunde betonte die aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmende Bedeutung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Entlang der Beschlusslage des Gewerkschaftstages des dbb rheinland-pfalz regte die dbb Landesleitung unter anderem ein Pflegegeld für pflegende Angehörige an. Die dbb Delegation forderte zudem grundsätzlich mehr Geld in Gestalt besserer Bezahlung für den öffentlichen Dienst im Sinne von Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz signalisierte außerdem die Bereitschaft der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation zur Mitwirkung an den Fachkräftestrategien der Landesregierung.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Bedauern über Ablehnung des Bundestags zum Zustrombegrenzungsgesetz

Die DPoIG bedauert die Ablehnung des sogenannten Zustrombegrenzungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag. Dieses Gesetz hätte einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der inneren Sicherheit und zur effektiveren Steuerung der Migration darstellen können, teilte die DPoIG am 31. Januar 2025 mit.

Heiko Teggatz, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG und dbb sowie Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, äußert sich enttäuscht über die Entscheidung: „Die Ablehnung des Zustrombegrenzungsgesetzes ist ein Rückschlag für die Sicherheit in unserem Land. Es hätte der Bundespolizei ermöglicht, ihre Aufgaben im Bereich der Aufenthaltsbeendigung effizienter wahrzunehmen und den illegalen Zustrom von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland zu begrenzen. Insbesondere das Abstimmungsverhalten der SPD in Bezug auf die Zuständigkeitsenerweiterung der Bundespolizei verwundert doch sehr, da die SPD in der 19. Wahlperiode einem gleichlautenden Gesetz bereits zugestimmt hatte.“

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU sah vor, das Ziel der Begrenzung der Zuwanderungssteuerung wieder als ausdrückliche übergeordnete Vorgabe für die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes festzulegen. Zudem sollte der Familiennachzug zu Personen mit subsidiärem Schutz bis auf Weiteres beendet werden.

Ferner sollte die Bundespolizei eine eigene Zuständigkeit für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen erhalten, insbesondere für Personen, die sie im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich, wie Bahnhöfen, antrifft. Dies hätte Drittstaatsangehörige aus Nicht-EU-Ländern ohne Duldung sowie solche mit einer Duldung wegen fehlender Reisedokumente umfasst. Als aufenthaltsbeendende Maßnahmen sollte die Bundespolizei auch die Beantragung von Haft und Gewahrsam erlauben, um Abschiebungen zu sichern.

„Diese Maßnahmen wären notwendig gewesen, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken“, so Teggatz weiter.

Auch den am Mittwoch im Bundestag beschlossenen Entschließungsantrag 1 zum Fünf-Punkte-Plan befürwortet die DPoIG ausdrücklich. Er beinhaltet dauerhafte Grenzkontrollen zu allen deutschen Nachbarstaaten. Die Bundespolizei kontrolliert bereits seit September 2024 an den Grenzen, sodass es keine

Auswirkungen auf das bereits eingesetzte Personal gibt. Es geht lediglich um die Erweiterung der Befugnisse für die Bundespolizei. Künftig sollen alle Personen zurückgewiesen werden, die keine Aufenthaltsberechtigung für Deutschland haben.

Der Antrag fordert außerdem unmittelbare Haft für Ausreisepflichtige. Hierfür sollen bereits vorhandene Liegenschaften, wie Erstaufnahmeeinrichtungen oder Ankerzentren, ertüchtigt werden – sogenannte Ankerzentren Plus. Diese sollen Personen aufnehmen, deren Anträge abgelehnt wurden und die sofort vollzieh-

bar ausreisepflichtig sind, einschließlich Straftäter und Gefährder. Dadurch werden Abschiebungen erleichtert, da die Personen jederzeit greifbar sind.

Die DPoIG sieht keine Probleme bei der Umsetzung der Forderungen des Antrags, erwartet jedoch eine personelle und materielle Aufstockung. Langfristig muss es wieder zu einer Entlastung kommen, was nur mit mehr Personal und Technik gelingt. „Wir fordern deshalb die Einstellung von zusätzlichen 3.000 Tarifbeschäftigten, die die Polizisten bei ihrer Arbeit unterstützen“, betont Teggatz abschließend.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Bildung statt Hetze: Kein Forum für Rechtsextreme

Die didacta ist Europas größte Bildungsmesse, sie trägt große Verantwortung und sollte sich entschieden gegen Rechtsextremisten positionieren. Das teilte der VBE mit und sprach sich damit gegen eine Teilnahme der AfD aus.

Konkret hieß es am 5. Februar 2025 vom VBE: „Die AfD ist in Teilen eine rechtsextremistische Partei. Es wäre ein fataler Fehler, wenn sich die AfD auf der didacta als Hauptaussteller präsentieren dürfte. Besonders im Kontext des Messe-Leitthemas „Demokratiebildung“ ist es untragbar, einer derart extremen Partei eine solche Plattform zu geben.“

Wir sprechen uns entschieden gegen Parteien und Organisationen aus, welche demokratische Grundwerte und deren Strukturen gefährden sowie Schulen als Orte der Vielfalt und Meinungsfreiheit untergraben. Mit diesen arbeiten wir nicht zusammen. Deswegen fordern wir, dass sich Bildungseinrichtungen weiterhin frei von Überwachung und ideologischen Einschränkungen entfalten können. Aus diesem

Grund darf der AfD keinesfalls solch eine Macht gegeben werden. Stattdessen sollte gemeinsam versucht werden, dies zu verhindern. Kurz vor den Neuwahlen einer Partei, die ständig unsere Demokratie gefährdet, einen Raum zu geben, bedeutet, deren Ideologien zu legitimieren – dies darf auf keinen Fall unterstützt werden.

Bildung ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie und Demokratie ist die Grundlage für eine gerechte und gute Bildung. Daher fordern wir die Veranstalter der didacta auf, sich unmissverständlich von der AfD zu distanzieren und sicherzustellen, dass die Messe kein Forum für demokratiefeindliche Parteien bietet.“

Namen und Nachrichten

Die Landesleitung des **dbb brandenburg** hat sich am 4. Februar 2025 mit Jan Redmann, dem Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion der CDU, zu einem Gespräch getroffen.

Dabei ging es unter anderem um den Erhalt des Berufsbeamtentums, Verkehr, Bildung sowie den Einsatz von KI im öffentlichen Dienst.

Termine:

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de
